

- ☐☐ **Gefälschte Statistiken**

Mit offiziellen Statistiken werde oft die Wahrheit verschleiert und die Realität geschönt. Dies sagte Gerd Bosbach, Professor für Statistik an der Fachhochschule Koblenz, und früherer Mitarbeiter beim Statistischen Bundesamt auf Welt Online. Es seien vor allem Politiker, die Statistiken vorschieben, um ihre Ziele durchzusetzen.

Mit frisierten Zahlen und Statistiken werde gezielt Stimmung gemacht. Entscheidungsprozesse würden auf diese Weise vorangetrieben. Bei vielen Politikern sei offensichtlich kein Sachverstand mehr gefragt, so Bosbach. Besonders weist er auf die Arbeitslosenstatistiken hin, oder Statistiken, die eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen suggerierten.

Die häufigsten Tricks beim Manipulieren von Statistiken reichten von fragwürdigen Rankings über irreführende Durchschnittswerte bis hin zu willkürlichen Prozentangaben. Zahlen und Statistiken müssten kritischer angeschaut werden, so Bosbach. Er habe aber ein sehr optimistisches Weltbild. Sein Motto laute: "Wer anderen traut, kommt Lügner schneller auf die Schliche."

- **□ □ Statistik für Armutsgefährdung**

Im Jahr 2008 waren durchschnittlich 16,3 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union armutsgefährdet. Dies teilte am Dienstag das Statistische Bundesamt (Destatis) mit. Die für Deutschland ermittelte Armutsgefährdungsquote liege bei 15,5 Prozent, und damit knapp unter dem europäischen Durchschnittswert.

Eine Person ist nach EU-Definition

armutsgefährdet, wenn sie nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung des Landes, in dem sie lebt, zur Verfügung hat. In Deutschland belief sich der Schwellenwert für Armutsgefährdung im Jahr 2008 für eine alleinlebende Person auf 11.151 Euro im Jahr.

In der Eurozone waren durchschnittlich 15,9 Prozent der Personen im Jahr 2008 armutsgefährdet, in den seit 2004 beigetretenen zwölf neuen Mitgliedstaaten durchschnittlich mehr als jede/r Sechste (17,1 Prozent). Vergleicht man die einzelstaatlichen Ergebnisse untereinander, so war die Armutsgefährdung besonders

stark ausgeprägt in den baltischen Staaten Lettland (25,7 Prozent), Litauen (20,6 Prozent) und Estland (19,7 Prozent), in den Balkanländern Rumänien (22,4 Prozent) und Bulgarien (21,8 Prozent) sowie in Griechenland (19,7 Prozent) und Spanien (19,5 Prozent).

Die niedrigsten Quoten wiesen die Tschechische Republik (8,6 Prozent), die Slowakei (11,0 Prozent), die Niederlande (11,1 Prozent) und Slowenien (11,3 Prozent) auf. In Deutschland ist mit einer Armutsgefährdungsquote von 15,5 Prozent fast jeder sechste gemäß den EU-Kriterien von Armut bedroht. Im europäischen Vergleich fällt auf, dass die akute Armutsgefahr auch in Frankreich, Dänemark, Belgien, Luxemburg und der

Schweiz zum Teil deutlich weniger stark ausgeprägt ist als in Deutschland.

- **Weltweite Arbeitslosigkeit**

Die weltweite Arbeitslosigkeit verharre auf hohem Niveau. Dies gehe aus

dem jüngsten Globalen Beschäftigungsbericht der UN-Arbeitsorganisation ILO ("Internationalen Labour Organization") hervor, berichtet die SZ. Nach Berechnungen der ILO seien im vergangenen Jahr insgesamt 205 Millionen Menschen ohne Beschäftigung gewesen. Damit seien 27,6 Millionen mehr Menschen als noch im Jahr 2007 ohne Erwerbsarbeit gewesen. Während die Arbeitslosenquote damals bei 5,6 Prozent lag, verharre sie nun auf 6,2 Prozent.

Auch für die kommenden Monate seien die Aussichten schlecht. Die ILO prognostiziert für das laufende Jahr keine merkliche Verbesserung der Lage auf den Arbeitsmärkten. Auch die Bezahlung der Beschäftigten steige nur langsam. Längerfristig werde dies auch das Wachstum schwächen, da insbesondere ein Anstieg der Reallöhne zu höherem Konsum und Investitionen führe.

Die sogenannte Wirtschaftskrise habe vor allem die entwickelten Wirtschaftsnationen und die Mitgliedstaaten der Europäischen

Union getroffen. Diese Länder hätten zu etwa 55 Prozent zum Anstieg der weltweiten Arbeitslosigkeit beigetragen. Auch 2011 soll die Arbeitslosigkeit noch um etwa 15 Millionen höher liegen als noch 2007. Dies sei ein Anstieg um 50 Prozent. Nach Erwartungen der ILO würden in diesem Jahr viele Menschen erneut eine Beschäftigung finden, zumeist jedoch lediglich in Teilzeit-Jobs.

- ☐☐ **Hartz IV-Reform**

"Regierung, SPD und Grüne sind offenbar entschlossen, DIE LINKE von weiteren Hartz-IV-Gesprächen auszuschließen und künftig hinter verschlossenen Türen nach Basar-Art zu feilschen. Gegen dieses undemokratische Vorgehen verwahrt sich DIE LINKE, sie wird sich an einer

solchen Hartz IV-Farce auch nicht beteiligen", erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zum geplanten weiteren Verlauf der Hartz-IV-Gespräche nach dem Spitzentreffen am Montagabend.

Enkelmann weiter: "Die Hartz IV-Parteien irren sich, wenn sie annehmen, mit der Teilnahme der LINKEN auch die Fragen loszuwerden, die DIE LINKE

aufgeworfen hat. So hat unser Drängen auf eine verfassungskonforme Lösung beim Regelsatz in den letzten Tagen deutliche Wirkung gezeigt." Auch das geplante Bildungspaket reiche nicht aus, um das vom Verfassungsgericht geforderte Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe sicherzustellen. Eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes sei dafür unabdingbar.

"Auch dass Aufwendungen für Mobilität, gesunde Ernährung und Haftpflichtversicherungen im Regelsatz zu wenig oder gar nicht berücksichtigt werden sollen, wird keinen Bestand haben", so Enkelmann weiter. "DIE LINKE bleibt zudem bei ihrer Forderung, die Regelsätze für Kinder und Jugendliche eigenständig neu zu berechnen. Kürzungen, etwa bei behinderten Jugendlichen, die zu Hause leben, müssen zurückgenommen werden. Alles in allem sollte der Regelsatz bei mindestens 500

Euro liegen."

Nach Angaben der Rheinischen Post habe sich die Koalition bereit erklärt, den Alg II-Regelsatz für Erwachsene um 17 Euro anzuheben. Bewegung gebe es bei den Themen Bildungspaket sowie Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche. Die nächste Verhandlungsrunde soll am sechsten Februar stattfinden. Am elften Februar findet die nächste reguläre Tagung des

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 25. Januar 2011 um 23:21 Uhr

Bundesrates statt. Ist bis dahin keine Einigung in allen Streitpunkten gefunden worden, wird die Hartz IV-Reform erneut gekippt.

-

□ □ **Bienensterben**

Die Umweltverbände NABU und BUND veröffentlichten heute eine Studie unabhängiger Wissenschaftler, die den Abschlussbericht des Deutschen Bienenmonitorings scharf kritisiert. Die

Wissenschaftler Anton Safer und Peter Hoppe zeigen darin auf, dass die Daten und Bewertungen des Bienenmonitorings gegen die Grundsätze guter wissenschaftlicher Untersuchungen wie Transparenz, Unparteilichkeit und Objektivität verstoßen. Das mehrjährige Monitoringprojekt von

Bieneninstituten,
Bundeslandwirtschaftsminist
erium, Agrarindustrie und
Imkerverbänden war als
Reaktion auf die
dramatischen Winterverluste
vieler Bienenvölker ins
Leben gerufen worden.

Laut NABU-Vizepräsident
Christian Unselt sei es

jedoch nicht in der Lage, die wahren Ursachen des Bienensterbens aufzudecken. "Zu wenige Bienenvölker wurden für die Untersuchungen ausgewählt, die Anwendung von Pestiziden auf den anliegenden Feldern wird erst gar nicht untersucht und die statistischen Methoden sind wissenschaftlich zweifelhaft. Das ist

schlechte Wissenschaft", so Unselt.

Der Kardinalfehler des Monitorings liege darin, dass 50 Prozent des Projekts von der Industrie (BASF, Bayer und Syngenta) getragen werden. Diese stellen genau die Pestizide her,

die im Verdacht stehen,
die Bienen zu schädigen.
Die Industrievertreter
sitzen im Projektrat, der
den Einfluss der Pestizide
untersuchen soll und
stellen ihre Labore für die
Auswertung zur Verfügung.
So wird der Fall aus dem
Jahr 2008, bei dem der
Einsatz von Beizmitteln am
Oberrhein zum
Massensterben von 20.000

Bienenvölkern führte, in dem Bericht gar nicht erst erwähnt.

"Die bisherigen Erkenntnisse zu den Ursachen des Bienensterbens sind kein Freispruch für Pestizide. Diese tragen eine

wesentliche Mitschuld am Tod vieler nützlicher Insekten und anderer Tiere. Unabhängige Forschungsinstitute müssen endlich wirklichkeitsnah untersuchen, welche Faktoren zum flächendeckenden Bienensterben führen", sagte Hubert Weiger,

Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Das Bienenvolksterben
scheint sich weltweit
fortzusetzen und bedroht
die landwirtschaftliche
Produktion. Ohne
Bestäuber sinken die

Erträge. Dies hat nicht nur für die industrielle Landwirtschaft existenzbedrohende Folgen. Deshalb fordern der NABU und der BUND, dass der Einsatz von Pestiziden deutlich gesenkt und die Landwirtschaft wieder vielfältiger wird, um die Lebensbedingungen für

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 25. Januar 2011 um 23:21 Uhr

die Bienenvölker zu verbessern.

- □ □

Demonstrationsrecht auch für Neonazis

Als "unangenehm, aber
nicht überraschend" hat
die Gewerkschaft der
Polizei (GdP) die

Entscheidung des
Verwaltungsgerichtes
Dresden zum
Demonstrationsrecht
bezeichnet. Das
Gericht hatte in der
vergangenen Woche
das polizeiliche Verbot
der Durchführung eines
angemeldeten
Demonstrationsmarsch

es Rechtsextremer
aufgrund von
Sicherheitsbedenken
angesichts einer
Übermacht von
Gegendemonstranten
rückwirkend als
unrechtmäßig verurteilt.

GdP-Vorsitzender
Bernhard Witthaut:
"Eine Blockade von
genehmigten
Demonstrationszügen
durch
Gegendemonstranten
ist eine Einschränkung
des grundgesetzlich
garantierten
Demonstrationsrechts,

auch wenn der Zweck
der Demonstration
jeden Demokraten
beleidigt. Die Frage, ob
Rechtsextreme
demonstrieren dürfen,
kann nicht auf der
Straße entschieden
werden. Die Polizei
gerät hier wiederum
zwischen Baum und

Borke.“

Das
Demonstrationsrecht
sei, so Witthaut, auch
ein Minderheitenschutz.
Witthaut: "Wenn
Mehrheiten die
Meinungsäußerung von

Minderheiten
verhindern dürften,
wäre das
Demonstrationsrecht
ausgehöhlt. Jeder, der
einem
Andersdenkenden das
Grundrecht auf
Meinungsfreiheit
beschneidet, sollte
daran denken, dass

das unter umgekehrten politischen Vorzeichen auch ihm passieren könnte. Moralisch gut gemeint ist nicht demokratisch gut gemacht.“

Gegen den

Rechtsextremismus
und gegen
rechtsextreme
politische Gruppen
müsste sich, so
Witthaut, die
demokratische
Gesellschaft stärker ins
Zeug werfen. Wenn
ganze Landstriche von
den Volksparteien,

Gewerkschaften und
staatlichen Institutionen
im Stich gelassen
würden, sei es kein
Wunder, wenn
politische Rattenfänger
dort das Ruder
übernehmen, so
Witthaut.

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 25. Januar 2011 um 23:21 Uhr

{jcomments on}